

avenir suisse



news



31.07.2024

[Im Browser ansehen](#)



Spar-Tour de Suisse 2024



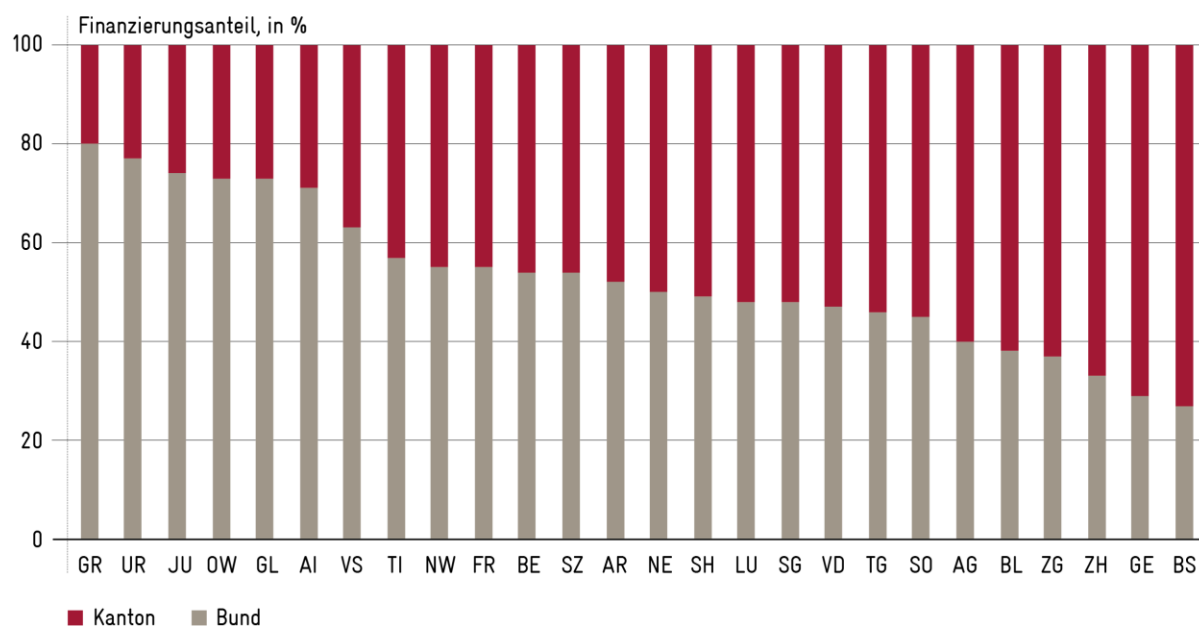
Das Avenir-Suisse-Sparsäuli reist diesen Sommer durch die Schweiz und deckt Sparmöglichkeiten in den Bundesfinanzen auf. Wo es bereits Sparpotenzial gefunden hat, lesen Sie in den bisher publizierten Beiträgen zur [Sommerserie Bundesfinanzen](#).

Sommerserie Bundesfinanzen

Der Regionalverkehr den Regionen

Grössere Kostenbeteiligung des Bundes in ländlichen Kantonen

Die Grafik zeigt, zu welchen Teilen die Kostenunterdeckung beim Betrieb des öffentlichen Regionalverkehrs vom Bund und den Kantonen getragen wird. Die Quote des Bundes steigt mit sinkender Bevölkerungsdichte. In jenen Regionen liegen die besonders unrentablen Linien. Diese werden somit am stärksten vom Bund subventioniert.



Quelle: Anhang der Verordnung über die Abgeltung des regionalen Personenverkehrs

Grafik: Avenir Suisse

Die Finanzierung der Bahninfrastruktur und der Betrieb des Regionalverkehrs würden beispielhaft zeigen, wie man die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton nicht organisieren sollte, schreibt Lukas Rühli. Er empfiehlt, Infrastruktur und Betrieb des regionalen Personenverkehrs komplett in die Hände der Kantone zu geben. Denn die Kantone hätten einen grösseren Anreiz, das ÖV-Angebot nach Nachfrage- und Effizienzkriterien zu gestalten, wenn sie die Kosten allein tragen müssten.

[Der Regionalverkehr den Regionen](#)

Die Zahl



100 Personen muss eine Siedlung haben, damit der Bund dem ÖV zu diesem Ort eine «Erschliessungsfunktion» zuerkennt und somit die Betriebskosten mitfinanziert. In dünn besiedelten Kantonen übernimmt der Bund bis zu 80% der (meist drastischen) Kostenunterdeckung beim Betrieb des ÖV. (LUR)

Sommerserie Bundesfinanzen

Problematische Steuervergünstigungen



Jährlich gewährt der Bund Milliarden an Steuervergünstigungen. Auch wenn nicht alle Vergünstigungen problematisch seien, sei dennoch Vorsicht geboten, erklären Samuel Rutz und Laurenz Grabher. Steuervergünstigungen, die selektiv Unternehmen und Branchen gewährt werden, bewirken eine steuerliche Ungleichbehandlung. Dies benachteiligt Firmen im Wettbewerb, die keine solchen Privilegien haben.

Problematische Steuervergünstigungen

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Staatswachstum: «Einen schlanken Staat hat die Schweiz nur auf den ersten Blick» schreibt die [NZZ](#) in einem neuen Beitrag. Der Fussabdruck des Schweizer Staates sei nämlich um einiges höher als es offizielle Zahlen suggerieren. So habe Avenir Suisse in der Studie [«Vermessenes Staatswachstum»](#) aufgezeigt, dass die Fiskalquote der Schweiz auf fast 40 Prozent ansteigt, wenn die obligatorischen Beiträge an Kranken- und Pensionskassen mitberücksichtigt werden. Damit liege die Schweiz nicht mehr so weit von Deutschland oder Österreich entfernt. In dem Artikel wird auch auf die steigende Zahl der Staatsangestellten und die zunehmende Regulierung aus unserer Studie verwiesen. Auch diese Indikatoren deuten auf einen wachsenden Staatseinfluss.

Subventionen: Die [NZZ berichtet](#) über die zunehmende Belastung durch Massentourismus in der Schweiz, wo Hotspots wie Lauterbrunnen und Luzern unter dem Ansturm von Touristen leiden. [Avenir Suisse schläge vor](#), die Subventionen für den Marketingverband Schweiz Tourismus abzuschaffen. Der Think-Tank lege den Finger auf einen wunden Punkt: Weshalb solle der Steuerzahler den Overtourism noch weiter anheizen, fragt die NZZ. Wenn touristische Unternehmen und Orte für ihre Region werben wollten, sei ihnen das unbenommen. Aber der Bürger solle dafür nicht in die Tasche greifen müssen.

Migration: In seinem Editorial zum 1. August in der Westschweizer Zeitung [«Le Quotidien Jurassien»](#) befasst sich Pierre-André Chapatte mit dem Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Dabei verweist er auf das neueste [«Essential»](#) von Avenir Suisse zum Thema Migration, wonach Ausländerinnen und Ausländer eine zentrale Rolle für die Innovationskraft der

Schweiz spielen.

Unsere aktuellen Publikationen

avenir suisse

28.08.2024
analyse

Die unterschätzten Leistungen der zweiten Säule

Eine ganzheitliche Betrachtung der Kapitalbezüge und Renten der beruflichen Vorsorge

Jérôme Cossavoy und Sonia Estévez

Offt wird behauptet, dass die Renten aus der zweiten Säule sinken. Doch mehr als die Hälfte der Neurentnerinnen und Neurentner bezahlt bei ihrem Rentenanstritt Kapital aus der Pensionskasse. Berücksichtigt man diese Bezüge, sind die durchschnittlichen Leistungen der zweiten Säule zwischen 2010 und 2022 zwar gesunken (1% bis 5%), aber deutlich weniger, als es bei ausschliesslicher Betrachtung der Renten erscheinen mag. Aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen sind deren Leistungen (inklusive Kapitalbezüge) sogar um 2% auf 6% gestiegen.

Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) im Jahr 1980 berichten immer mehr Menschen Leistungen aus der 2. Säule. Waren es 2012 noch 64% der Neurentnerinnen und -rentner, so stieg der Anteil 2020 auf 70% gestiegen an. Doch wie haben sich die Leistungen der zweiten Säule jenseits dieser bestenfalls fiktionalen Entwicklung entwickelt? Schließlich die Frage, inwieweit sie die Antwort darauf.

Lebenslauf und Mitgliedschaft bestimmen die Leistungen
Die berufliche Vorsorge basiert auf einem Kapitalakkumulationsprinzip. Die Höhe der Rente hängt primär von den durch Lohnbeiträge angesammelten Guthaben ab. Diese werden gemäss gesetzlicher Regelung periodisch kapitalisiert, wobei die Arbeitnehmer und -innen zur Hälfte die Arbeitgeber die Beiträge entrichten. Zusätzlich werden auf diese Guthaben bis zu einem Betrag Anlageerträge und Zinsenrenten einverleibt. Durch Multiplikation des angesparten Kapitals mit einem Umwandlungsfaktor wird dann die lebenslange Rente der zweiten Säule berechnet (vgl. Bericht).

Stichung
Jahreswerte +
Stapelzahlen +
Gemeinschaftspraktik

Aus dieser Gleichung geht hervor, dass eine isolierte Betrachtung der Entwicklung der Umwandlungsfaktoren nicht ausreicht, um die

avenir suisse

23.09.2024
analyse

Berufswahl: Die letzte Meile der Gleichstellung?

Fortschritte – und beharrende Muster

Marcus Dabir und Patrick Schwalli

Nach vier hundert Jahren waren der individuelle Lebensweg und der Platz in der Gesellschaft weitgehend durch das Geschlecht bestimmt. Frauen hatten in der etablierten Gesellschaft gleichsam das Pendant zu verheirateten Männern den Ausendienst. Auf dem Arbeitsmarkt sind wir heute in puncto Gleichstellung fast vollkommene Fortschrittlerinnen. Doch zahlreiche Bereiche sind weiterhin überwiegend von Männern oder Frauen besetzt – mit Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft.

Insbesondere die letzten Jahrzehnte waren von einer verstärkten Präsenz der Frauen in der früher männlich dominierten Welt der Erwerbswelt geprägt (vgl. Box 1). Diesen Ungleichheiten werden wir weiterhin gegenüberstehen, die sich nicht zuletzt in der Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern manifestieren. Frauen verdienen bei vergleichbarem Beschäftigungsgrad im Durchschnitt weniger als Männer. Wie wir in dieser Publikation darlegen, lässt sich der Unterschied unter anderem – wenn auch nicht zureichend – auf die Berufswahl zurückführen.

Diese erfolgt weiterhin stark geschlechtsspezifisch (Boxing 2). So wiesen im Jahr 2022 48 von insgesamt 59 Berufstätigen einen Männeranteil von 77% oder mehr auf. Sie beschäftigen 48% aller erwerbstätigen Männer. Demgegenüber waren 28 Berufstätigen in mehr als 70% weiblich dominiert, in denen rund 41% aller erwerbstätigen Frauen tätig waren. Damit unterscheiden sich die Schweiz nicht wesentlich von ihren europäischen Nachbarn. In allen OECD-Ländern sind Männer und Frauen deutlich nach Branchen und Berufen segregiert (vgl. Box 2).

Wie hat sich die berufliche Segregation in der Schweiz über die letzten Jahrzehnte hinweg entwickelt? Welche spezifischen Faktoren tragen zu der Scheitern dieser Entwicklung bei? Wie gross ist der Beitrag der Berufswahl zur Einkommensungleichheit zwischen Männern und Frauen? Welche Kosten entstehen durch die geschlechtsspezifische Berufswahl für die Volkswirtschaft? Lassen sich wirtschaftspolitische Massnahmen begründen, die unabhängig von moralisch-politi-

avenir suisse

28.08.2024
analyse

Warme Progression schweizweit

Quantifizierung der Auswirkungen auf allen drei Staatsebenen

Lukas Röllli und Eveline Hutter

Das zwischen 2010 und 2020 erklärte Reallohnwachstum hat auf Ebene der Kantone und Gemeinden für das Jahr 2020 eine warme Progression von 172 Mrd. Fr. verursacht. Zusammen mit den 800 Mrd. Fr. auf Bundesebene ergeben sich 252 Mrd. Franken. Hätte dieser Reallohnzuwachs um 0,5% über die in einer proportionalen Zunahme der Einkommenssteuern geführt, wäre die Staatseinnahme 2020 um 252 Mrd. Fr. niedriger gewesen. Diese Volumeneffekte der warmen Progression wurden und werden von den Lohnsteuersenkungen teilweise mit Steuerfahrlässigkeiten oder neuen Abgaben kompensiert. Dadurch lassen sich die ebenfalls vorhandenen Verteilungseffekte der warmen Progression aber nicht korrekt messen.

Alten auf Bundesebene beizubehalten die Schweiz Haushalte im Jahr 2020 800 Mrd. Fr. von sich an Einkommenssteuern aufgrund der Reallohnsteuersenkungen der vergangenen zehn Jahre. Das haben wir in der kürzlich erschienenen Publikation «Warme Progression» berechnet (vgl. Box 1). In Anlehnung an die aktuelle Progression beschreiben die vorliegende Begriffe den Aufschlag von Haushalten in den Steuerverhältnissen, der aufgrund des langfris-

tigen, gesamtwirtschaftlichen Reallohnwachstums geschieht.
Im Gegensatz zur kalten Progression, die von Inflationsverweigerung und in der Schweiz weitgehend kompensiert wird (vgl. Box 2), liegt der warme Progression nur durch die Zunahme der Kaufkraft des zu versteuernden Einkommens zugrunde, aber diese ist nicht mit einem Anstieg eines Haushalts innerhalb des Lohnsteuersystems verbunden. Mit der Progression von Einkommenssteuern soll erreicht werden, dass volkswirtschaftlich einkommensstärkere Haushalte mit einem höheren Anteil ihres Einkommens zur Finanzierung des Staats beitragen als einkommensschwächere. Dass der Durchschnittssteuersatz aber auch über die Zeit im Zuge einer gesamtwirtschaftlichen Erhöhung der Reallohn steigt, ist hingegen ein nicht explizit gestelltes Nebenbedingung.

Implizit in dieser Effekte allerdings die ökonomischen Handlungen willkürlich, weil er deren Spielraum für Ausgabeneinsparungen oder Steuerersparnisse erhöht und von der Ök-

Die unterschätzten Leistungen der 2. Säule

Die letzte Meile der Gleichstellung?

Warme Progression schweizweit

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).



© Avenir Suisse, Puls 5 | Giessereistrasse 18, CH-8005 Zürich, [avenir-suisse.ch](https://www.avenir-suisse.ch)

[Über uns](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Warum Sie diesen Newsletter bekommen](#)

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie media@avenir-suisse.ch Ihrem Adressbuch hinzu.

[Abonnement verwalten](#)